



ÖGB – Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
AK – Prinz Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien

Frau
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort
Mag. Elisabeth Udolf-Strobl
Stubenring 1
1010 Wien

Wien, 18. Juni 2019

EU-MERCOSUR-Handelsabkommen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Die EU-Kommission finalisiert derzeit das umfassende Handelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten. Das Freihandelsvorhaben zwischen der EU und südamerikanischen Staaten wurde von Beginn an seitens der Gewerkschaften international (Europäischer Gewerkschaftsbund–EGBund der Koordination der Gewerkschaftsbünde im Cono Sur–CCSCS) sowie vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der Bundesarbeitskammer (BAK) massiv kritisiert. Statt effektiver Regeln für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige internationale Kooperation wurde ein Liberalisierungsabkommen ausgearbeitet, das die Interessen der Konzerne einseitig in den Mittelpunkt stellt. ÖGB und BAK lehnen aus folgenden Überlegungen eine Unterzeichnung des Abkommens ab:

Bedenklich ist insbesondere die sich deutlich verschlechternde Situation bei **Menschenrechten und ArbeitnehmerInnenschutz sowie beim Umgang mit natürlichen Ressourcen** in Brasilien. Seit dem Amtsantritt des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro im Jänner 2019 wurden zunehmend Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf Minderheiten, LGBTIQ und indigene Völker beobachtet. Die brasilianische Regierung ebnet vor allem ihren mächtigen Vieh- und Sojakonzernen den Weg, die die Abholzung des weltweit größten Regenwaldes beschleunigen. Im brasilianischen Amazonasgebiet legte die Abholzung im Januar – dem ersten Monat von Präsident Bolsonaros Amtszeit – laut Angaben des Forschungsinstituts Imazon um 54 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat zu (Imazon. Boletim do desmatamento da Amazonia legal. Jänner 2019).

In den Verhandlungen wurde auf die Anliegen in Bezug auf ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte sowie Umweltschutz bislang nur sehr unzureichend Bedacht genommen. Die Bestimmungen zur Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards sind völlig zahnlos ausformuliert worden. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bestimmungen unterliegt das für die ArbeitnehmerInnenseite wichtige

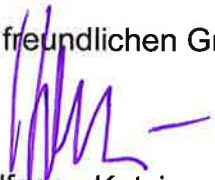
Nachhaltigkeitskapitel nicht dem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus und ist nicht sanktionsbewehrt. Damit bleibt die Missachtung der wichtigen internationalen Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation und der internationalen Umweltkonventionen weitgehend **ohne effektive Konsequenzen**. Gerade im Falle des MERCOSUR wären jedoch effektive soziale Standards wichtig, da es u.a. in der Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zu massiven Verstößen gegen die internationalen Arbeitsnormen kommt und immer wieder sklavenähnliche Beschäftigung auf den Zuckerrohr- und Sojaplantagen sowie Rinderfarmen entdeckt wird (World Report 2019, Human Rights Watch). Zudem wird der Arbeits- und Gesundheitsschutz in Produktion und Verarbeitung teilweise völlig ignoriert. Beispielsweise wird in der Landwirtschaft durch den massiven Einsatz von Pestiziden und Herbiziden die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerung in umliegenden Siedlungen massiv geschädigt.

Bezogen auf den Landwirtschafts- und Lebensmittelhandel hat das Abkommen eine hohe Bedeutung. Die EU ist vor allem für Soja und Sojaschrot, Rind- und Hühnerfleisch, Mais, Zucker und Ethanol einer der wichtigsten Absatzmärkte. ÖGB und BAK befürchten, dass mit dem MERCOSUR-Abkommen auch wichtige **Schutzstandards in der Land- und Lebensmittelwirtschaft** unterlaufen werden. Nicht nachvollziehbar sind die Liberalisierungen im Agrar- und Lebensmittelhandel, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Hygienesituation (z.B. Gammelfleischskandal) in der Produktion und Verarbeitung in diesen Ländern.

Was die bisherigen und laufenden **Verhandlungen der EU Kommission** mit den MERCOSUR-Staaten betrifft, so sind diese überdies völlig intransparent. Das Abkommen soll abgeschlossen werden, obwohl den Mitgliedstaaten und der Öffentlichkeit keine schriftlichen Verhandlungsergebnisse vorgelegt wurden. Wir verlangen eine Vorlage der Abkommenstexte, damit eine gewissenhafte Prüfung unter Beteiligung des Nationalrates, der Sozialpartner und zivilgesellschaftlicher Organisationen möglich ist. Die EU ist der größte Handelspartner des MERCOSUR. Sie muss daher ihre **Verhandlungsmacht in die Waagschale werfen** und ihren Einfluss geltend machen um Menschen, Umwelt und Klima zu schützen. Die Einhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten, strenge Maßnahmen zur Beendigung weiterer Entwaldung und konkrete Verpflichtungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens müssen Vorrang haben. Ein Handelsabkommen mit Fixierung auf Liberalisierung, Deregulierung sowie preisliche Wettbewerbsfähigkeit bei Waren und Dienstleistungen ist abzulehnen.

Der ÖGB und die BAK fordern Sie, Frau Bundesministerin, auf, sich gegen den Abschluss der Handelsverhandlungen auszusprechen, solange die genannten Mindestvoraussetzungen durch die EU-Kommission und die Verhandlungspartner nicht erfüllt werden.

Mit freundlichen Grüßen


Wolfgang Katzian
Präsident


Renate Anderl
Präsidentin